

EINLADUNG

51. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau

Gäste möchten sich bitte per E-Mail im BV-Büro (bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de) anmelden. Sie erhalten dann eine Zugangsberechtigung vom Büro.

Sitzungstermin: Mittwoch, 13.01.2021, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Zoom-Meeting

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Kein sechsspüriger Ausbau der AVUS ("Zehlendorf Kleeblatt" -
Hüttenweg) in Richtung AD Funkturm
SPD-Fraktion **1607/5**
- 4 Mehr Sicherheit für die Laubacher Straße
CDU-Fraktion **1614/5**
- 5 Mehr Sicherheit für die Hildegardstraße
CDU-Fraktion **1615/5**
- 6 Legal, illegal, scheißegal
CDU-Fraktion **1616/5**
- 7 Lieferzone in der Zillestraße einrichten
Fraktion DIE LINKE **1632/5**
- 8 Babelsberger Straße für alle!
Fraktion DIE LINKE **1634/5**
- 9 Gehwege in Ordnung halten
SPD-Fraktion **1658/5**
- 10 Fußgänger-Furten in den Nebenstraßen des Bezirks
SPD-Fraktion **1660/5**

11	Raser auf dem Ku'damm stoppen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1673/5
12	Ku'damm sicher und nachhaltig umgestalten! Fraktion DIE LINKE	1679/5
13	Wiederherstellung der Radwegmarkierung Spandauer Damm/Wiesendamm AfD-Fraktion	1684/5
14	Mehr Sicherheit für alle CDU-Fraktion	1694/5
15	Beim Umbau der Berliner Straße den Lärmschutz berücksichtigen FDP-Fraktion	1700/5
16	Bauliche Umgestaltung der Kantstraße FDP-Fraktion	1701/5
17	Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung	
18	Verschiedenes	

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1607/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kein sechsspüriger Ausbau der AVUS ("Zehlendorf Kleeblatt" - Hüttenweg) in Richtung AD Funkturm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber dem Berliner Senat dafür einzusetzen, dass der im Bundesverkehrswegeplan 2030 nach Fertigstellung des AD Funkturms im „erweiterten Bedarf“ im Grunewald vorgesehene sechsspürige Ausbau der AVUS nicht umgesetzt wird. An der AVUS ist nur eine Sanierung des Bestands ohne Erhöhung der Kapazität vorzunehmen und damit eine zusätzliche Verkehrsbelastung der Anwohner im Bereich der AS Hüttenweg bzw. der Ortsteile Grunewald und Eichkamp und an weiteren Ausfahrten hinter dem AD Funkturm zu vermeiden.

Die Maßnahme „sechsspüriger Ausbau der AVUS“ ist auch aus dem derzeit in der Fortschreibung befindlichen Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr und bei der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegplans zu streichen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1614/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für die Laubacher Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Bereich um den Bergheimer Platz bestehende Tempo-30-Regelung in der Laubacher Straße auf den Straßenabschnitt zwischen der Wiesbadener Straße und der Odenwaldstraße zu erweitern und sich gegenüber der Polizei für Maßnahmen zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung (StVO) durch polizeiliche Schwerpunktkontrollen oder eine stationäre Radarkontrolle einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Die gegenwärtige Anordnung von Tempo 30 in der Laubenheimer Straße im Bereich des Bergheimer Platzes wird durch die motorisierten Verkehrsteilnehmer zumeist missachtet. Selbst eine Geschwindigkeit von Tempo 50 wird von vielen bewusst überschritten, mit der Folge, dass bedingt durch die geringe Straßenbreite und unübersichtliche Kreuzungsbereiche bereits mehrere schwere Verkehrsunfälle im Kreuzungsbereich Laubacher Straße/Raenthaler Straße/Hertelstraße zu verzeichnen waren. Ein häufig vorgenommenes starkes Beschleunigen noch innerhalb des Tempo-30-Bereiches (Autoposer) führt darüber hinaus zu einer erheblichen Lärmbelästigung für die Anwohner. Im Bereich des Bergheimer Platzes wird aufgrund überhöhter Geschwindigkeit die dortige Fahrstreifenbegrenzung regelmäßig überfahren und damit der Gegenverkehr gefährdet. Zudem werden durch zwei in der Laubacher Straße 11 ansässige Gastronomiebetriebe während der Geschäftszeiten und verstärkt in den Abendstunden regelmäßig Pkw für die Außer-Haus-Belieferung auf der Fahrbahn und den Gehwegen verbotswidrig abgestellt, wodurch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ein enormes Unfallrisiko entsteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1615/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für die Hildegardstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemäß des Beschlusses der BVV vom 21.06.2018 zur DS 0735/5 umgehend einen Rückbau des Radweges in der Hildegardstraße, vorrangig zwischen Schrammstraße und Blissestraße zur Beseitigung der erheblichen Unfallgefahren für den Fuß- und Radverkehr vorzunehmen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der Beschlussfassung zur DS 0735/5 hatte das Bezirksamt bereits 2018 mitgeteilt, dass es die Radwegesituation in der Hildegardstraße für „nicht sehr befriedigend“ hält, diese aber unter Verweis auf fehlende finanzielle und personelle Ressourcen als „noch tolerierbar“ bezeichnet.

Nach Ablauf von nunmehr zwei Jahren, in denen das Bezirksamt keinerlei weitere Maßnahmen ergriffen hat und in denen es wiederholt zu Stürzen in diesem Bereich gekommen ist, kann diese Haltung nicht mehr toleriert werden. Bevor erhebliche Investitionssummen in einen intakten Radweg in der Detmolder Straße fließen, ist zunächst die akute Gefahr weiterer Unfälle in der Hildegardstraße zu beseitigen!

Drucksachen
 der Bezirksverordnetenversammlung
 Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
 5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
 CDU-Fraktion
 Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1616/5

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Legal, illegal, scheißegal

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass Fußgänger und Anlieger den Bereich des Hohenzollerndammes zwischen der Fasanenstraße und der Düsseldorfer Straße wieder gefahrlos betreten und sich in diesem Bereich aufhalten können. Die Berliner Wasserbetriebe sind zu veranlassen, neben der Nutzung aller Ressourcen für eine möglichst kurze Bauphase zumindest für den Radverkehr durch Veränderung der Baustelleneinrichtung eine sichere Durchwegung auf dem Hohenzollerndamm zu ermöglichen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Durch die Bautätigkeit der Berliner Wasserbetriebe ist bereits seit März 2020 eine Vollsperrung des Hohenzollerndammes vorgenommen worden. Ohne eine klare Umleitungsempfehlung drängt der motorisierte Verkehr in die umliegenden Wohnstraßen, wodurch eine für die Anwohner nur schwer erträgliche Lärm- und Abgasbelastung entsteht.

Im Bereich zwischen Fasanenstraße und Düsseldorfer Straße wurde auf dem dortigen Gehweg ein an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbietendes Chaos geschaffen.

Da der vorhandene Radweg nicht mehr nutzbar ist, wird offenkundig geduldet (und nach Presseberichten durch die Senatsverwaltung sogar ausdrücklich befürwortet), dass sich Fußgänger und Radfahrer den Gehweg gleichberechtigt teilen, aber auch Motorräder und Anwohner-Pkw nutzen die verbliebene Engstelle des Gehweges – fehlende gegenseitige Rücksichtnahme entspricht dabei selbstverständlich der Berliner Lebensrealität!

Um dem Irrsinn die Krone aufzusetzen, wird zugelassen, dass dabei die genehmigte Außengastronomie eines ansässigen Cafés im gesamten Bereich durchquert wird, was neben der Geschäftsschädigung vor allem für alle Beteiligten ein enormes Gefährdungspotential hervorruft.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1632/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Lieferzone in der Zillestraße einrichten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das eingeschränkte Halteverbot in dem Bereich zwischen der Wilmersdorfer Straße und Zillestraße 75 aufgehoben und dort stattdessen ein absolutes Halteverbot mit dem Hinweis „Ladezone freihalten“ von Montag bis Freitag in der Zeit zwischen 6 und 15 Uhr eingerichtet wird.

Der BVV ist bis zum 31. Januar 2021 zu berichten.

Begründung:

Bisher gilt auf dem Abschnitt zwischen der Wilmersdorfer Straße und der Zillestraße 75 von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 15 Uhr das eingeschränkte Halteverbot. Auf diesem Stück befindet sich der Anlieferbereich für einen Feinkosthändler, der mehrfach täglich Waren erhält.

Zum einen werden die Waren jedoch bereits in der Zeit zwischen 6 und 7 Uhr angeliefert, weshalb die im betreffenden Bereich geparkten Fahrzeuge täglich dazu führen, dass der Lieferkehr in zweiter Reihe hält bzw. parkt und damit den fließenden Verkehr behindert – umso schwerwiegender in der sehr engen Straße und in Nähe zur Kreuzung Wilmersdorfer Straße.

Zum anderen sind für den Lieferverkehr selbst keine eigenen Haltezonen vorgesehen, obwohl dieser von Montag bis Freitag Waren anliefert. Insofern sollte es in dieser Zeit nur Lieferant*innen gestattet sein, in dem Bereich zu halten resp. zu parken und auf kurzem Weg Warenlieferungen durchzuführen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1634/5**

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Babelsberger Straße für alle!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, geeignete bauliche Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, damit die Babelsberger Straße zwischen Badenscher und Waghäuseler Straße verkehrsberuhigt, der Durchgangsverkehr unterbunden und die Einhaltung der erlaubten Tempo 30 gewährleistet werden kann.

Durch Reduzierung der Fahrspurbreite sollen möglichst alle Parkplätze erhalten bleiben. Anwohner*innen und die Nachbarschaftsinitiative „Babel30“ sollen an der Umgestaltung der Babelsberger Straße nach den folgenden Vorschlägen der Initiative in geeigneter Form beteiligt werden:

1. Verringerung der Fahrbahnbreite durch Vorziehen der Parkplätze und gleichzeitige Verbreiterung der Gehwege
2. Einrichtung von Verkehrsinseln
3. Die Schaffung eines kurvigen Straßenverlaufs durch das Vorziehen einzelner Parkflächen

Die durch die Verlagerung der Auto-Parkplätze freiwerdenden Flächen sollen als Fahrradabstell-, Grün- und Gemeinschaftsflächen genutzt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Das Wohngebiet in der Babelsberger Straße wird auf dem Abschnitt zwischen Badenscher und Waghäuseler Straße als Abkürzung in Richtung Wexstraße und Stadtautobahn missbraucht und lädt durch ihre übermäßige Breite zum Rasen ein. Sicherheit und Gesundheit der Anwohner*innen werden durch Fahrzeug-Lärm und die Nichteinhaltung der Tempo-30-Zone stark belastet.

Die Nachbarschaftsinitiative „Babel30“ hat einfach umzusetzende Vorschläge erarbeitet, wie Parkplätze erhalten und freiwerdende Flächen als Grün- und Gemeinschaftsflächen sowie für Fahrradabstellflächen genutzt werden können. Ziel muss es sein, den motorisierten Durchgangsverkehr zurück auf die Hauptstraßen zu bringen und den Anwohner*innen Lebensqualität zurückzugeben sowie einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Hoffmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1658/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gehwege in Ordnung halten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, den Gehweg in der Bamberger Straße, zwischen Motzstraße und Aschaffener Straße, wieder in Ordnung zu bringen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

In dem Straßenabschnitt gibt es mehrere ältere Personen mit Rollator und Rollstuhl, die Probleme haben, die Löcher und losen Pflastersteine, teilweise auch durch Baumwurzeln verursacht, zu bewältigen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1660/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fußgänger-Furten in den Nebenstraßen des Bezirks

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, ein Konzept für die Herstellung sicherer Querungsmöglichkeiten für zu Fuß Gehende an allen Wohn- und Nebenstraßen des Bezirks aufzustellen. Dabei sollen die Bedürfnisse von Behinderten (z.B. Rollator- oder Rollstuhlfahrer*innen) ebenso berücksichtigt werden, wie Kinderwagen oder Anforderungen z.B. der Müllabfuhr. Grundsätzlich sind zur Förderung bzw. Unterstützung des Fußverkehrs mindestens alle 100m freie Querungsmöglichkeiten vorzusehen, die im Einzelfall in geeigneter Weise z.B. gegen Falschparker*innen gesichert werden müssen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2021 zu berichten.

Begründung:

Zur Förderung des Fußverkehrs im Rahmen der Verkehrswende wird z.Zt. im Abgeordnetenhaus das Berliner Mobilitätsgesetz ergänzt. Ein besonderes Anliegen ist dabei das sichere Überqueren von Straßen für zu Fuß Gehende. Hier ist für alle Nebenstraßen der Bezirk zuständig.

Neben der Sicherheit der Querungen (Sichtbeziehungen, Beleuchtung etc.) sind für die Querungen oder Fußgänger-Furten vor allem die Abstände voneinander entscheidend. Hier müssen von zu Fuß Gehenden, insbesondere, wenn sie Kinderwagen, Fahrräder oder Hilfsmittel mitführen z.T. erhebliche Umwege in Kauf genommen werden, um zwischen parkenden Autos den Bürgersteig der anderen Straßenseite zu erreichen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1673/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Raser auf dem Ku'damm stoppen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zusammen mit dem Senat und der Polizei eine Sicherheitsanalyse mit Maßnahmen für den Kurfürstendamm zu erstellen mit dem Ziel, das Rasen zu verhindern. Geprüft werden sollen u.a. folgende Maßnahmen:

- Mehr Geschwindigkeitsmessungen und bei Geschwindigkeitsüberschreitung ein Bußgeld oder einem Monat Fahrverbot entsprechend der Novelle der Straßenverkehrsordnung (bei 21 km/h zu schnell in Ortschaften), wenn der Formfehler hoffentlich behoben wird sowie
- Trennen von Bus- und Fahrstreifen auf dem Kurfürstendamm oder das Sperren der Busspur (versenkbare Poller oder Schranke)
- Verengung der Fahrbahn an mehreren Stellen
- Neuköllner Kissen
- sowie Ampeln, die bei zu hoher Geschwindigkeit auf Rot schalten
- 30 km/h Höchstgeschwindigkeit.

Der Bezirk soll sich für eine Reglementierung des Fahrens von stark motorisierten Autos in der Stadt einsetzen.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Die schweren Unfälle am Ku'damm durch überhöhte Geschwindigkeit kommen immer wieder vor. Die Strecke wird von Rasern und Posern genutzt. Deshalb soll fachlich geklärt werden, mit welchen Maßnahmen dieses unterbunden werden kann.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/ Schenker/ Gronde-Brunner/Die-
ke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1679/5**

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ku'damm sicher und nachhaltig umgestalten!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen auf Senatsebene bauliche Maßnahmen zur Umgestaltung des Kurfürstendamms vorzunehmen. Bei der Umgestaltung sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen:

- Errichtung von zusätzlichen Ampelanlagen, insbesondere auf dem Abschnitt zwischen Adenauer Platz und Kurfürstendamm/Nestorstraße
- Rückbau der Parkspur
- Errichtung eines geschützten Radfahrstreifens (Trennung von der Fahrbahn durch physische Barrieren)
- bauliche Maßnahmen, um den Lieferverkehr weiterhin zu ermöglichen
- bauliche Maßnahmen zur Verhinderung von Autorennen, beispielsweise durch die Neuordnung von Mittelinseln oder die Verengung der Fahrbahn

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

Bereits mehrfach kam es auf dem Kurfürstendamm zu schweren Unfällen durch illegal durchgeführte Autorennen. Eine Verschärfung der Strafen scheint die Raser*innen nicht abzuschrecken. Um das Rasen auf dem Kurfürstendamm dauerhaft unmöglich zu machen, muss die Straße grundlegend umgebaut werden. Zugleich soll durch einen Umbau ein Beitrag zur Verkehrswende geleistet werden, die sich mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel dringend in Richtung Rückbau der autogerechten Stadt bewegen muss. Stattdessen müssen Straßen überwiegend für klimaneutrale Verkehrsmittel, wie öffentlicher Nahverkehr und Fahrräder, zur Verfügung stehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/von Ertzdorff-Kupffer

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1684/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Wiederherstellung der Radwegmarkierung Spandauer Damm/Wiesendamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Radspurmarkierung auf dem Spandauerdamm/Einbiegung Wiesendamm wieder herzustellen.

Der BVV ist bis zum 30. November 2020 zu berichten.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Fenske

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1694/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für alle

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in den Straßen Hoffmann von Fallersleben Platz und Warneckstraße zur Abwehr von Gefahren, für alle dortigen Verkehrsteilnehmer, die Sichtbeziehung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu verbessern und im Kurvenbereich eine Ausweichmöglichkeit für Gegenverkehr zu schaffen.

Hierfür sind die PKW-Stellplätze auf der Fahrbahn im Bereich der Kurve angemessen zu reduzieren. Alternativ könnten hier Fahrradbügel installiert werden.

Der BVV ist bis zum 30. November 2020 zu berichten

Begründung:

Ggf. Mündlich.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1700/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Beim Umbau der Berliner Straße den Lärmschutz berücksichtigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Umbau der Berliner Straße bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der Straßenbelag der Berliner Straße mittels offenporigem Asphalt (sog. Flüsterasphalt) hergestellt wird.

Begründung:

Die Berliner Straße soll nach einer vorliegenden Machbarkeitsstudie eine Radspur bekommen, durch welche der Lärmpegel dort gesenkt werden soll. Da sich Schall jedoch kugelförmig ausbreitet, bringt das Abrücken des Verkehrs von den Hausfassaden wenig - ein bis zwei Dezibel, wie Stadtrat Oliver Schruoffeneger ausführt. Bei der gemessenen Verkehrslautstärke von bis zu 65 Dezibel tut Lärminderung hier jedoch dringend Not, die Anordnung einer Radspur alleine ist nicht ausreichend. Durch eine Fahrbahnsanierung mit Flüsterasphalt, die eine Geräuschminimierung von bis zu 50 Prozent bringen kann, kann hier wirklich das Ziel der Lärmreduzierung erreicht werden. Offenporiger Asphalt wurde bereits z. B. in der Brandenburgischen Straße und auf der AVUS verbaut - mit sehr positiven Ergebnissen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1701/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Bauliche Umgestaltung der Kantstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz endlich die bauliche Umgestaltung der Kantstraße zu beginnen. Ziel einer dauerhaften Umgestaltung muss es sein, nicht nur ein Verkehrsmittel zu befördern, sondern Raum für alle zu schaffen.

Um mehr Platz zu gewinnen, soll der Mittelstreifen entlang der Kantstraße entfallen. Die Bäume am Straßenrand sollen erhalten bleiben, bestehende Lücken müssen nachgepflanzt werden, alte Baumscheiben entfernt werden. Durch eine Umgestaltung der Gehwege, die Schaffung von neuen Grünanlagen und durch mehr Sitzbänke können die Aufenthaltsqualität und die Verweildauer erhöht werden.

Der Radverkehr nimmt zu. Um dies zu fördern, soll es einen mind. 2 m breiten Radweg geben, der baulich von der Straße abgetrennt ist.

PKWs sollen zukünftig nicht mehr quer, sondern längs parken. Die wegfallenden Parkplätze sollen, wenn möglich, kompensiert werden. Durch den Bau einer Tiefgarage unter dem Amtsgerichtsplatz wird die Parksituation entlastet und oberirdisch neuer Raum gewonnen. Durch die Einführung von digitalen Parkleitsystemen werden Parkplatzsuchende schnell zu freien Parkplätzen geführt. Dies reduziert Parksuchverkehr und Emissionen.

Entlang der Kantstraße fahren vier Buslinien, die oft im Stau stehen. Eine eigene Busspur von mind. 3,25 m Breite soll Abhilfe schaffen und gleichzeitig die Erreichbarkeit verbessern.

Anrainer sind in die Planungen einzubinden. Dazu gehören auch die BVG und die Feuerwehr. Die Kantstraße lebt von ihren vielfältigen Geschäften. Um diese zu unterstützen, soll es mehr Lieferzonen entlang der ganzen Straße geben, die in einem festen Abstand eingerichtet werden und nicht erst von den Gewerbetreibenden aufwendig angeregt werden müssen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:
Erfolgt mündlich.